



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 2 0 - 0 0 3 5  
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: Dezernat(e) I, VI

Landesausgleichsstock: Gewährung einer außerordentlichen Zuweisung zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent/in

Gerich Imholz  
Oberbürgermeister Stadtkämmerer

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz  
Stadtkämmerer



## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 20. Juni 2017 wird der Landeshauptstadt Wiesbaden eine weitere außerordentliche Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende gewährt.

### Anlagen:

Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 20. Juni 2017

## C Beschlussvorschlag:

1. Der Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 20. Juni 2017 wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird beschlossen, dass die weitere außerordentliche Zuweisung für 2017 in Höhe von 400.050 € je hälftig zu verwenden ist für
  - die Finanzierung der Anmietung des Dachgeschosses der Außenstelle der Gustav-Stresemann-Schule, Wiesbadener Str. 82, 55252 Mainz-Kastel (Housing Area)
  - die Teilfinanzierung von zusätzlichem Personal im Bereich Allgemeines Ausländerrecht und Flüchtlingsangelegenheiten (massiver Anstieg der Fallzahlen).

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Mit Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 20.06.2017 wird die Gewährung einer weiteren außerordentlichen Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock zum Ausgleich von Aufwendungen für Flüchtlinge und Asylsuchende mitgeteilt.

Der Betrag beläuft sich auf 400.050 €, eine Zweckbindung ist nicht vorgeschrieben. Es wird jedoch vorgeschlagen, diese Zuweisung im weitesten Sinne für geflüchtete Menschen zu nutzen.

In 2016 erhielt die LHW mit Erlass vom 02.03.2016 eine außerordentliche Zuweisung in Höhe von 1.111.600 €.

Mit Schreiben des OB vom 13.04.2016 wurden der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung (16-V-01-0007) darüber informiert und die ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration gebeten, Maßnahmen zur Verwendung dieser Mittel vorzuschlagen.

Mit StVV-Beschluss Nr. 0214 vom 14.07.2016 wurde die Einrichtung eines kommunalen Integrationsfonds in Höhe von 1,1 Mio. € beschlossen.

Es wird vorgeschlagen, die weitere außerordentliche Zuweisung in Höhe von 400.050 € je hälftig zu verwenden für

- die Finanzierung der Anmietung des Dachgeschosses der Außenstelle der Gustav-Stresemann-Schule, Wiesbadener Str. 82, 55252 Mainz-Kastel (Housing Area)
- die Teilfinanzierung von zusätzlichem Personal im Bereich Allgemeines Ausländerrecht und Flüchtlingsangelegenheiten (massiver Anstieg der Fallzahlen)

### Anmietung des Dachgeschosses (Housing Area)

Durch die Ansiedlung von Flüchtlingsfamilien in der ehemaligen US-Wohnsiedlung Housing Area sind die Schülerzahlen so stark gestiegen, dass die räumlichen Kapazitäten der Gustav-Stresemann-Schule nicht mehr ausreichen. Zusätzliche Schulräume müssen zur Sicherstellung des Unterrichts angemietet werden. Da die Gemeinschaftsunterkunft Kastel Housing weiter belegt werden soll und im Schulbezirk weitere Wohnungen entstehen sollen, ist es sinnvoll, die vorhandenen freien Flächen im Dachgeschoss des Gebäudes Housing Area anzumieten. Mit SV 17-V-40-0028 wurde unter anderem die Anmietung des Dachgeschosses beschlossen. Die Anmietung soll für den Fachbereich budgetneutral erfolgen, eine Belastung des Budgets stadtweit liegt damit trotzdem vor. Daher wird vorgeschlagen, die Zuweisung hälftig hierfür zu verwenden.

### Zusätzliches Personal im Bereich allgemeines Ausländerrecht und Flüchtlingsangelegenheiten

Die Zuweisung geflüchteter Menschen nach Wiesbaden insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 hat in der Ausländerbehörde im Amt für Zuwanderung und Integration zu einem massiven Anstieg der Fallzahlen in der Sachbearbeitung geführt. Diese Situation hat zu Rückständen und langen Wartezeiten geführt. Eine zeitnahe und qualitativ einwandfreie Sachbearbeitung ist mit dem aktuellen Personalbestand nicht mehr zu gewährleisten. Mit SV 17-V-33-0004 wurde der zusätzliche Personalbedarf gut dargelegt, das Budget für den Fachbereich steht noch aus.

## II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

## V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 8.8.2017

☎ 28 27 schm

gez.

Gerich  
Oberbürgermeister

Imholz  
Stadtkämmerer